

Bundesrat will keine Reform des Sozialversicherungssystems

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **109 (2012)**

Heft 4

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839843>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

NACHRICHTEN

ALV informiert Betriebe über ihre Dienstleistungen

Weil viele Unternehmen die Dienstleistungen der Arbeitslosenversicherung (ALV) zu wenig kennen, hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine Informations- und Sensibilisierungskampagne gestartet. Die Betriebe sollen auf die Dienstleistungen der ALV aufmerksam gemacht und motiviert werden, die regionalen Arbeitsvermittlungszentren stärker bei der Besetzung offener Stellen mit einzubeziehen. Gleichzeitig soll auch das Bewusstsein der ALV-Mitarbeitenden für die Bedeutung der «Zielgruppe Unternehmungen» gestärkt werden. Enge Beziehungen zur Wirtschaft seien die Basis, um stellensuchende Menschen effektiv bei deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können, so das Seco.

Bericht Schwelleneffekte

Der Bundesrat hat die Antwort zum Postulat «Soziale Sicherheit – Schwelleneffekte und ihre Auswirkungen» von Ständerat Claude Hêche (JU) verabschiedet. Die Grundlagen für den Postulatsbericht wurden von der SKOS erarbeitet. Sie sind soeben in der Reihe «Beiträge zur sozialen Sicherheit» [14/12] des BSV erschienen. Der Grundlagenbericht «Schwelleneffekte und negative Erwerbsanreize» gibt einen Überblick über die Anstrengungen der Kantone, derartige Effekte innerhalb ihrer Transfer- und Steuersysteme zu reduzieren und zeigt auf, welche Erfolge sie dabei erzielt haben. Der Bericht beinhaltet auch Handlungsgrundsätze (Good Practices) zur Vermeidung von Schwelleneffekten und negativen Erwerbsanreizen, die in Zusammenarbeit mit kantonalen Expertinnen und Experten erarbeitet wurden.

Grundlagenbericht → www.bsv.admin.ch
Good Practices → www.skos.ch

SKOS-Richtlinien können neu ausgedruckt werden

Ab 1. Januar 2013 können die SKOS-Richtlinien kostenlos als PDF-Datei von der SKOS-Website heruntergeladen werden. Die alle zwei Jahre erscheinenden Nachträge werden als separate PDF-Datei bereitgestellt. Wer die SKOS-Richtlinien selber ausdruckt, kann bei der SKOS-Geschäftsstelle passende Ordner und Register bestellen. Die Papierversion kann weiterhin und in unveränderter Form bezogen werden. Die Preise für die Papierversion werden auf den 1. Januar gesenkt.



Der Bundesrat gibt dem bestehenden Sozialversicherungsnetz gute Noten.

Bild: Keystone

Bundesrat will keine Reform des Sozialversicherungssystems

Das schweizerische Sozialversicherungssystem erfüllt die Ziele der materiellen Sicherheit und der Integration für den grössten Teil der Bevölkerung. Das System ist zwar komplex, aber auch flexibel. Ein Richtungswechsel drängt sich nicht auf. Mit diesen Kernaussagen hat der Bundesrat dem Postulat von Nationalrätin Silvia Schenker eine Absage erteilt. Schenker forderte eine grundlegende Reform des Systems, da es zu komplex und rigid und die Ursache für Ungleichheiten sei. Damit das Sozialversicherungssystem mit Alternativen wie einer allgemeinen Erwerbsversicherung, einem bedingungslosen Mindesteinkommen oder einem Rahmengesetz zur Existenzsicherung vergleichbar wurde, hat das BSV für die im

September publizierte Antwort des Bundesrats verschiedene Beurteilungskriterien definiert und mit ihnen die Wirkung der Systeme analysiert (sog. «Schenker-Bericht»). Zur Stossrichtung «Rahmengesetz Existenzsicherung», die auch von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), der Städteinitiative Sozialpolitik und der SKOS unterstützt wird, äussert sich der Bundesrat zurückhaltend. Zum einen, weil ein klar definierter Inhalt fehle, zum anderen, weil er befürchtet, dass es zu einer unerwünschten Kostenüberwälzung an den Bund kommen könnte. Der Bundesrat zeigt sich aber bereit, die mit einem Rahmengesetz verbundenen Fragen weiter zu untersuchen. ■

AVIG-Revision: Mehr Sozialhilfefälle, aber weniger als erwartet

Ende August hat die Städteinitiative Sozialpolitik den «Kennzahlenbericht Sozialhilfe» veröffentlicht, für den auch die Auswirkungen der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) auf die Sozialhilfe untersucht wurden. In den meisten Städten lag der Anteil neuer Fälle, die auf die AVIG-Revision zurückgehen, zwischen fünf und 15 Prozent. Die Auswirkungen sind somit weniger gravierend als befürchtet. Die

Städteinitiative verweist aber auch auf den Umstand, dass die Revision in eine relativ günstige konjunkturelle Phase gefallen sei, und dass deren Auswirkungen nach einem Jahr noch nicht abschliessend dargestellt werden könnten. Über alle dreizehn untersuchten Städte hinweg betrachtet nahm 2011 die Anzahl der Sozialhilfefälle um gut ein Prozent zu. Damit setzte sich die Entwicklung des Vorjahrs fort. ■